

# Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-  
besteller 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Wabestr. 2-5.  
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Jamner strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden  
••••• Als Kleines Gied ist dich an ein Ganzes dich an •••••

Insertate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für  
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen  
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.  
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herben, Charlottenburg.

## Unhaltbare Lohnvereinbarungen getroffen.

Ausperrungsdrohungen. — Die Unternehmer schieben das Reichsarbeitsministerium vor. — Fabrikantenvertreter verweigern jedes Entgegenkommen. — Ein Zwangsschiedsgericht. — Der Schiedsspruch.

### Die Aussperrung für die bayerischen Porzellanfabriken angekündigt.

Die Aktiengesellschaft Porzellanfabrik, Gebr. Hauser, Weiden, hing folgenden Anschlag aus:

Obwohl der Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie, Berlin, wiederholt den Arbeitnehmerverbänden seine Bereitwilligkeit mitgeteilt hat, auf dem Verhandlungswege die Löhne mit den Arbeitnehmerverbänden zu regeln, ist der „Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen“ Verhandlungen ausgediehen und hat mehrere unserer Mitgliederbetriebe bestreift.

Zum Schutze dieser Betriebe kündigen wir im Auftrage des Arbeitgeberverbandes der deutschen feinkeramischen Industrie, Berlin, hiermit unserer gesamten Belegschaft mit Wirkung zum 20. Dezember 1924.

Diese Kollektivkündigung gilt als nicht ausgesprochen und zurückgenommen, falls in der Zwischenzeit durch Wiederaufnahme der Arbeit der Wirtschaftsfriede wieder hergestellt wird. Weiden, den 6. Dezember 1924.

Die Anweisung zu dieser Drohung gab der genannte Verband in dem Augenblick hinaus, als er die Zwangsverhandlung zu Verhandlungen vom Schlichter in der Hand hatte. Es ist daraus zu erkennen, daß die Syndikatspolitik erst von den bayerischen Fabriken für gutgeheßen wurde, als sie nicht mehr gefährlich werden konnte. Mit dieser Einklammer dürfen sich also weder die Arbeiter noch die Unternehmer schrecken lassen. Den Unternehmern wollen wir bei dieser Gelegenheit sagen, daß sie von ihrer Leitung in Berlin, wie der Wortlaut der Bekanntmachung ergibt, irreführt wurden.

Einmal sind die Arbeiter von dem Schiedsgerichtsverhandlungen in Weimar (7. Weimar-Schiedsgericht), wie mehrere Äußerungen von falsch unterrichtet gewesen sind, mehrere in den Betrieben einwandfrei erkennen liegen, nicht richtig berichtet worden, denn es ist nicht wahr, daß sich die Arbeiterbesitzer geweigert hätten, einer anderen als der Effektivlohnverbesserung zuzustimmen.

Ferner ist nicht wahr, daß der Verband der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen Verhandlungen über die Lohnregelung ausgediehen ist. Die Lohnregelung war im Schiedsspruch niedergelegt, seine Anerkennung wurde von der Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes hintertreiben und weiter die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium verhindert, also jede Regelung fünf Wochen hindurch absichtlich unmöglich gemacht.

Erst als dies feststand und ein lohnatarifischer Zustand eingetreten war, machte der Porzellanarbeiterverband seine Mitglieder auf die unhaltbaren Dinge aufmerksam. Er trägt demnach keinerlei Schuld an dieser für manche Direktoren unerschütterlichen Sachlage, in die sie von ihrer Verbandsleitung hineinmandoriert wurden.

Da mutet es nun sehr komisch an, daß zum Schutze der bestreikten Betriebe nun ausgesperrt werden soll. Das ist ein sehr kostspieliges Vergnügen und die bayerische Porzellanindustrie hätte es am mindestens 90 Proz. billiger haben können. Das nennt man in dem Anschlag, den Wirtschaftsfrieden wieder herstellen. (!) Die bayerischen Porzellanindustriellen lassen sich doch am Narrenfeil gänglich, wenn sie eine derartige „Kampftaktik“ anerkennen. Sie können doch sicher rechnen und sollten sich deshalb vorher auskalkulieren, was ihnen der geplante Streik ihrer Syndikat kosten würde. Weil diese sich verrannt haben in einer Sache, die sich nicht umgehen läßt, sollen die rund 40 organisierten Betriebe vierzehn Tage oder noch länger stilliegen und Einnahmeausfall haben? Wahrscheinlich, für so bösig können wir die bayerischen Betriebsleitungen trotz der Ankündigung der Aussperrung noch nicht halten.

Aber der Vorfall zeigt, daß die Porzellanindustriellen in dieser Angelegenheit „glänzen“ ver- und geführt wurden.

An dieser Stelle sei ihnen gesagt: Die organisierten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen dürfen und können sich in einer für sie lebenswichtigen Frage nicht sechs Wochen von Leuten lassen, denen gegenwärtig jedes Verständnis und jede Verantwortung für ihre Aufgaben fehlt. Die Arbeiter mühten sich zu wehren, sonst hätte sich dieses verwerfliche Spiel noch einmal wiederholt und dafür sind sie viel zu gut und zu ehrlich. Die Ursache dazu gab die Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes. Sie und ihre Hintermänner sind die Mitschuldigen für all das, was sich aus dem Lohnstreit entwickelt.

Die Porzellanarbeiterschaft mag daraus lernen und erkennen, daß dagegen nur die lückenlose Geschlossenheit und der feste Zusammenhalt einen Wolk zu bilden vermögen, an dem die Klauen von Verdröngungen, Falschheiten und Unwahrheiten zerbrechen.

Feinkeramische Arbeiterschaft! Halte dem Verband die Treue, füge dich ein und übe Disziplin, dann läßt sich das erreichen, was die Unternehmer manchmal versprechen, aber nicht halten: eine entsprechende Entlohnung und Anerkennung der spärlichen Rechte der Arbeiter, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und ein menschenwürdiges Leben.

Die feinkeramischen Industriellen haben in den letzten Wochen bei den Verhandlungen mit den Belegschaften vielfach erklärt, daß sie gar nicht abgeneigt seien, Lohnverbesserungen zu gewähren; ein Teil kam dieser Behauptung in irgendeiner Form nach, aber die anderen verhielten sich um so hartnäckiger unter ihren Verbandsvorschriften und gaben die platonische Versicherung ab, daß sie für entsprechende Erhöhungen wirken wollten. Was die Kollegenschaft von diesen Erklärungen halten

kann, ergab das Verhalten der Unternehmer bei den Verhandlungen am 4. Dezember in Berlin. Dort ließen erst einmal die vorgehobenen Schlichter und auch die anwesenden Firmenvertreter durch ihre Sprecher kund tun, daß sie für die künftige Zeit keinen Knopf, geschweige denn einen Pfennig gewähren. Daraus kann die gesamte feinkeramische Arbeiterschaft erkennen, wie die Äußerungen in bezug auf die Lohnfrage, und wie die schmeichelnden Versicherungen der Fabrikanten in den letzten Wochen zu bewerten sind. Arbeiter und Arbeiterinnen, beachtet das und vergeßt es nicht. Lernt endlich die Unternehmer und ihre Moral begreifen. Ausnahmen sind kaum noch mit Scheinwerkern zu finden, mit Laternen auf keinen Fall.

In der letzten „Stimme“ wurde ja schon darauf verwiesen, daß es die Unternehmerorganisation verstand, das Reichsarbeitsministerium für sich einzuspannen und Zwangsverhandlungen zu ermöglichen. Diese begannen am 4. Dezember unter dem Vorsitz des Schlichters, Referent Bauer, im Reichsarbeitsministerium in Berlin. Von der Gegenseite waren die Leiter der Syndikatspolitik, Dr. Warnke, Dr. Bürge und Dr. Rod, und als Firmenvertreter Arnolds-Selb, Cronn-Hornberg, Dressel-Breslau, Dr. Mohr-Köppelsdorf, Dr. Furbach-Dresden (Waldenburg), Gramh-Stabilengsfeld, Dr. Guth-Berlin, Heubach-Lichte, Dr. Menner-Weimar, Dr. Schneider-Selb, Simson-Gotha und die anderen Verbandsangestellten Heeg, Dr. Hubschinski, Mühlingshaus und Teßmann zugegen. Von unserer Seite nahmen teil die Kollegen Apel, Frenzel, Griesbach, Herden, Hoffmann, Karl, Linde, Menninger und Zander, sowie die Vertreter der anderen Organisationen.

Der Sprecher der Arbeitgeber war Dr. Warnke. Was er sagte und bewies, war genau so gestempelt, wie wir eingangs vom Verhalten der Unternehmer feststellten. Er lehnte brüsk alles ab und ließ alle Schuld uns zu. Die Unterlagen zu seinen Ausführungen entnahm er einem Referat, das anscheinend eigens zum Zweck des Nebelmachens — eigentlich wäre ein viel derberes Wort hier angebracht — von den Unternehmern eingereicht wurde. Im Verlauf seiner Rede stellte er die Behauptung auf, die Verhandlungsleitung hätte die Kollegenschaft wie Pulis in den Streik gehest, und dabei ist Dr. Warnke nicht einmal rot geworden. Das ist doch gewiß eine Leistung, für die er gekrönt werden sollte; aber es war nicht die einzige. Sein Hauptstück war, daß er zum hundertsten Male seine fassbar bekannten Nebenarten vom schlechten Stand der feinkeramischen Industrie vorbrachte. Ob er selbst daran glaubt, ist ja nicht bekannt, aber ein Wunder wäre es nicht, denn: Selig sind . . . . . Dann brachte er noch vor: der Arbeitslohnanteil hätte sich gegen früher erhöht. Auch dabei stieg ihm nicht die Schamröte ins Gesicht. Wenn die Statistik, veranlaßt von Prof. Dr. W. Borchers, tatsächlich Ergebnisse aus der feinkeramischen Industrie erbracht haben sollte, wie solche von Dr. Warnke vorgebracht wurden, dann mühte man behaupten, daß das von V. begonnene Werk auf diese Art um allen Kredit gebracht wird. Es ist aber kaum zu glauben, daß die Angaben Dr. Warnkes z. B. über den angeblich gestiegenen Lohnanteil gerade auf statistischen Durchschnittsergebnissen des Verbundes der Porzellan- oder Luxusporzellanfabriken beruhen können, und es ist viel eher anzunehmen, daß sie auf Erhebungen beruhen, die ebenso beweislos sein werden wie die dämliche Bemerkung, die Verhandlungsleitung hätte die Kollegenschaft wie Pulis in den Streik gehest. Bewunderlich von Dr. Warnke ist nur, daß er den Mut besitzt, sich ein Gerede mit seiner Person und mit seinem Namen zu decken, und daß er es wagt, dies im Kreise von Leuten zu jagen, von denen welche die hundertste Verhandlung dieser und ähnlicher Art hinter sich haben und die auch sonst den Beweis erbracht haben, daß sie eine normale Auffassungsgabe besitzen. Aber all die großen geistigen Verlegenheitsprodukte Dr. Warnkes verdecken keineswegs, daß die Unternehmerorganisation der wahre Schuldige ist, der sich so schäbiger Mittel im Kampf mit seinen Tarifpartnern bedient. Aber gerade das hervorsteckende unmoralische Getue läßt erkennen, daß die Industriellen Seite keinerlei Ehrlichkeitsbeweis mehr für ihr widerliches Verhalten zu erbringen vermag.

Unserer Kollegenschaft braucht wohl nicht erst gesagt werden, daß unsere Vertreter die Ausführungen Dr. Warnkes gebührend beantworteten. Sie hatten nicht nötig, sich unlauterer Mittel zu bedienen und gaben den Unternehmervertretern deutlich zu verstehen, was sie von den vorgebrachten Mäßen der Gegenseite halten. Sie verwiesen darauf, daß die Kollegenschaft nicht vollständig von der Verbandsleitung abhängig ist, wie es vielfach Fabrikanten von ihren Belegschaften haben möchten, und betonten, daß die Mitglieder selbst darüber befinden, ob sie streiken wollen oder nicht. In ganz besonderen Worten wurde von uns hervorgehoben, wie die Unternehmervertreter in den Betrieben gerade das Gegenteil zu den Arbeitern und Arbeiterinnen sagten und durch Sonderregelungen teilweise Zugeständnisse machten, also den Beweis erbrachten, daß die Industrie Lohn erhöhungen tragen kann. Eine Anzahl Unternehmer läßt daraus erkennen, daß sie ein Doppelspiel mit der feinkeramischen Arbeiterschaft treibt, dessen Zweck offenbar dahin ausläuft, die Organisation, die Gewerkschaften, zu schädigen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen soll durch die durchsichtige Handlungsweise bedeutet werden, daß sie als Belegschaft augenblicklich Lohnverbesserungen erhalten können, aber nicht als geschlossener Tarifpartner, als Verband der Porzellanarbeiter. Ein Unternehmer hat durch die Art seiner Zugeständnisse diese Absicht sehr deutlich erkennen lassen — und die Syndikatspolitik und -taktik läuft unzweifelhaft ebenfalls in dieser Richtung, weil sie ja einen Programmpunkt der deutschen Arbeitgebervereinigungen darstellt. Für den Abschluß von Werkstarifen soll die Bahn freigemacht werden, deshalb in den Betrieben schöne, aalglatte Nebenarten, Inausführstellen von Zulagen und Aufbesserungen, und beim zentralen Verhandeln die brüskste Ablehnung jeglichen Entgegen-

kommens, wie dies speziell von einer bestimmten Sorte von Fabrikanten getätigt wird. Arbeiter und Arbeiterinnen, habt acht! Glaubt den schönrednerischen Firmenvertretern nicht, wenn sie euch auf die zentralen Verhandlungen verweisen; denn dort, wo sie keinen Ausweg mehr haben, bekennen sie propä: Wir geben keinen Pfennig. Wenn sie gar noch behaupten, unsere Weisheit hätten im Schiedsgericht beim Oktober-Schiedspruch von Weimar eine andere Regelung nicht zugelassen, so ist das eine grobe Unwahrheit. Wenn die Leute schon das Vertrauen brechen und aus den Schiedsgerichtsverhandlungen etwas bekanntgeben, so sollten sie vorsichtiger sein. Entweder sind sie falsch unterrichtet worden oder sie bedienen sich absichtlich eines der effizientesten Kampfmittel, der Lüge. Damit verlieren sie den letzten Rest Achtung, den sie bisher hatten und das sollten die so handelnden Firmenleiter doch bedenken, sie sollten der sonderlichen Unternehmermoral nicht um ein paar Pfennige Lohn wegen ihren Namen opfern. Es machte sich nötig, einmal so deutlich zu werden, denn aus den Ereignissen der letzten Wochen hatte sich ergeben, daß durch das Vorgehen einzelner Unternehmer etliche Kergiftungserscheinungen herbeigeführt wurden. Diesen Krankheits-erregern muß, wenn sie sich auf die Arbeiterschaft übertragen, entgegengehandelt werden. Unsere Kollegen und Kolleginnen fordern wir auf, uns dabei mitzuhelfen, damit wenigstens unsere Reihen gesund bleiben. Das Unternehmerlager mag selbst sehen, wie es mit sich fertig wird.

Daß bei einer solchen Atmosphäre die Verhandlungen nicht leicht zu führen waren, ist wohl verständlich. Der Schlichter hatte große Mühe, die beiden Tarifparteien einander zu nähern. Auch diese Annäherung wäre kaum möglich gewesen, wenn nicht die Verhandlungskommission der Unternehmer ihre kompromittierten Personen in den Hintergrund gehoben hätte. Einen ganzen Tag hatte der Schlichter damit zu tun und erst in der zweiten Hälfte des darauffolgenden Freitag bildete er das Zwangsschiedsgericht, dessen Beratung er von Freitag bis Montag mittag für geboten hielt. In diesem Zeitpunkt trat das Schiedsgericht wieder zusammen, tagte also Montag und Dienstag und kam zu folgendem Entschluß:

### Schiedspruch.

III C 7402. Berlin, den 9. Dezember 1924. Im Reichsarbeitsministerium, Büro des Schlichters (Zimmer 164).

In dem Lohnstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie in Berlin und 1. dem Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen, 2. dem Verband deutscher Keramarbeiter Berlins, 3. dem Deutschen Metallarbeiterverband in Stuttgart, 4. dem Zentralverband der Maschinisten und Feiger in Berlin, 5. dem Verband der Lithographen und Steindrucker in Berlin, 6. dem Deutschen Verlehrsband in Berlin und 7. dem Verband deutscher Gewerkschaften (H.-D.), Berlin, hat die Schlichtungskammer, die von dem auf Grund des Artikels 1, § 2, Absatz 1, Satz 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichter berufen worden ist und an der teilgenommen haben die Herren: Bauer, vom Reichsarbeitsministerium als Schlichter; Dr. Bürge, Dr. Furbach, Dr. Rod, als Beisitzer auf Arbeitgeberseite; Karl, Griesbach, Kuhn, als Beisitzer auf Arbeitnehmerseite, nach ihren Verhandlungen am 5., 8. und 9. Dezember 1924 heute folgenden Schiedspruch gefällt:

- A I a. Die Sätze der vom 9. 6. 1924 ab gültigen Lohnstafeln A und B werden wie folgt erhöht:
    - In Gr.-Berlin und Ostst. A: für männl. Arbeitnehmer um 12 Proz.; für weibl. Arbeitnehmer um 10 Prozent.
    - In den Ostst. B und C: für männl. Arbeitnehmer um 10 Proz., für weibl. Arbeitnehmer um 8 Proz.
  - Jeder Arbeitnehmer im Zeit- oder Stücklohn erhält jedoch einen Mindestaufschlag auf den Effektivverdienst von 4 Proz.
  - b) Darüber, ob für Frankfurt a. d. O. die für Ostst. Klasse A oder B vorgesehenen Erhöhungen der Löhne vorgenommen werden, können Sonderverhandlungen zwischen den Gausleitungen stattfinden.
  - c) Soweit die Kostlage einzelner Betriebe es nachweisbar erforderlich macht, kann eine Minderung der Effektivverdienste der weiblichen Arbeitnehmer bis zu 5 Prozent zwischen den beiderseitigen Gausleitungen vereinbart werden.
  - d) Wird durch die Verhandlungen zu b und c eine Vereinbarung nicht erzielt und der örtliche zuständige gesetzliche Schlichtungsanspruch angerufen, so soll dessen Schiedspruch endgültig und bindend sein.
  - e) Diejenigen Stückpreise, mit denen die neue Akkordbasis bei einer Durchschnittsleistung nicht erreicht wird, sind nach den Bestimmungen des Reichsmanteltarifvertrages neu zu errechnen. Darüber hinaus darf die Einführung der neuen Akkordbasis nicht zu betrieblichen Lohnforderungen oder Stückpreisveränderungen führen.
  - f) Die Sätze für Mehr- und Uebernachtungsgelder betragen: Von 3 bis 6 Stunden 1,50 Mk., über 6 Stunden 2,50 Mk., Uebernachten 3,50 Mk.
- II. Vorstehende Lohnregelung gilt vom 1. Dezember 1924 ab und ist mit 14tägiger Frist kündbar; erstmalig zum 31. Januar 1925. — Für die Gültigkeitsdauer dieser Lohnregelung bleiben aus dem zurzeit gültigen Reichstarifvertrag für die Deutsche feinkeramische Industrie, gültig vom 1. April 1924, die Bestimmungen über die Ortsklasseneinteilung und § 26 nebst einschlägigen Vorschriften in Kraft.
- B. Die am 1. 12. 1924 im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitnehmer erhalten eine einmalige Lohnzulage von 8 Mk.

für männliche Arbeitnehmer, 4 Mk. für weibliche Arbeitnehmer.

C. Die Parteien erklären ihre Stellungnahme zu diesem Schiedsspruch untereinander und mir gegenüber bis Donnerstag, den 11. d. M., nachmittags 6 Uhr.

Der Schlichter: Ges. Baner.

Der Schiedsspruch hat nicht etwa eine Klärung gebracht, im Gegenteil: die Schwierigkeiten in der Lohnregelung der feinerkeramischen Industrie wurden durch das Eingreifen des Schlichters vermehrt. Mit dieser seiner Arbeit wird es genau so gehen, wie mit dem feineren von ihm gefällten Goldschiedsspruch: sie wird innerhalb vierzehn Tagen revidiert werden müssen, weil sie ein Stück Verwirrung darstellt, mit dem Tarifparteien in noch größeren Verlegenheiten gebracht werden, als schon bestehen.

### Das Vordringen der Kartelle.

Im Entwicklungsbild der industriellen Organisationen der letzten Jahre stand die überall fortschreitende Verknüpfung, die Schaffung riesiger Industriekonglomerate, Interessengemeinschaften usw. im Vordergrund. Die ältere Form der industriellen Organisation, der Zusammenschluß der Unternehmungen in Kartelle, das heißt Verbände, die ihren Mitgliedern verpflichtende Maßnahmen in bezug auf die Verkaufspreise, Erzeugungsmengen, Absatzgebiete usw. (je nach der Beschaffenheit des betreffenden Kartells) vorschrieben, schien gegenüber den Verknüpfungsvorgängen in den Hintergrund getreten zu sein. In der Wirklichkeit fielen die letzteren Erscheinungen nur mehr ins Auge, die Kartellbewegung nahm aber weiter ihren Verlauf, ja, sie wurde durch die Krißbildung insofern noch gefördert, als zahlreiche Unternehmungen der Mittel- und Kleinindustrie durch die Kartellorganisation ein Schutz gegen die Konkurrenz der Truste suchten. In den letzten Monaten ist ein neuer kräftiger Zug zur Kartellbildung überall zu beobachten. Wie ein hervorragender Kenner des Kartellwesens, Dr. Tschierky, in der „Technik und Wirtschaft“ schreibt, weisen die jüngsten Erscheinungen „auf eine neue Konsolidierung dieser Organisationsformen hin, ganz im Gegensatz zu der vielverbreiteten Auffassung, daß das Zeitalter der Kartelle im Untergang begriffen sei“. Vollends trifft dies auf die internationalen Organisationen des Eisen- und Stahlkapitals usw. zu. Was hier vorbereitet wird und zum Teil bereits verwirklicht wurde, ist nicht etwa kapitalistische Verschmelzung der schwerindustriellen Unternehmungen in den verschiedenen Staaten, nicht gemeinsame Beteiligung an den Werken, sondern Kartellvereinbarungen, welche die Ausschaltung der Konkurrenz und die Hochhaltung der Preise auf dem Weg der Preisvereinbarungen, Bestimmung der Erzeugungsmengen und Aufteilung der Absatzgebiete unter den Kartellmitgliedern zum Ziel haben. Solche internationale Kartelle sind jetzt wieder im Entstehen begriffen; die Schaffung eines internationalen Rohstoffkartells wird zurzeit eifrig erörtert. Das internationale Schienenkartell soll bald wieder errichtet, das österreichisch-deutsche Stabeisenkartell erweitert werden. Aber auch die nationalen Kartelle innerhalb der einzelnen Länder nehmen in der letzten Zeit überall einen wachsenden Umfang an. Aus Deutschland, Österreich, Italien, Polen usw. wird tagtäglich die Kartellierung eines neuen Industriezweiges gemeldet. Eine jüngste Veröffentlichung der englischen Arbeiterpartei entwirft ein Bild von der geradezu vollkommener Kartellierung der meisten Industriezweige der englischen Industrie. Je kleiner die Zahl der Unternehmungen in dem betreffenden Industriezweig ist und je mehr die von ihnen hergestellten Waren lebensnotwendig sind, um so mehr wird die Schaffung und der Erfolg des Kartells erleichtert. Das Ziel der Kartelle ist die Ausschaltung der Konkurrenz. Die Eingriffe der Kartelle in die Bewegungsfreiheit ihrer Mitglieder ist vielfach eben. Während der Inflationszeit haben sie zumeist nur die Zahlungsbedingungen vorgeschrieben (Kontingentskartelle); die gegenwärtigen Kartelle haben aber zumeist weitgehende Machtbefugnisse für die Preisfestsetzung und Absatzverteilung. Die Kartelle verfügen über wirksame Waffen, um ihren Beschlüssen, sowohl den eigenen Mitgliedern wie Außenstehenden gegenüber, Geltung zu verschaffen. Außer Geldstrafen gehören Sperren, Entzug der Beförderung an unbotmäßige Elemente — das deutsche Kartellgericht beschäftigt sich bauernd mit solchen Fällen — Bevorratung der Warenabnehmer, welche die Preisvorschriften der Kartelle beobachten usw., zu ihrem Rüstzeug.

Was sind die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Kartelle? Die Kartelle haben Anhänger auch unter den Volkswirtschaftlern. Die unbedingten Befürworter des Organisationsgedankens begrüßen die Kartelle als eine Form der industriellen Organisation, die unter Umständen einer höheren Organisationsform, den Konglomeraten, den Weg bereitet. Sie betrachten die Kartelle gewissermaßen als Vorstufe zum Trust. Andere unterstützen die Kartelle als dem entgegengelegten Standpunkt, indem sie in dieser Abwehrmaßnahmen der Mittel- und Kleinindustrie gegen die Großkonglomerate erblicken. Der dritte und wichtigste Standpunkt, von dem aus die Kartelle oft in Schutz genommen werden, ist die Überzeugung, daß die Kartelle als „Regulatoren der Wirtschaft“ wirken, daß sie in die Anarchie der Produktions- und Absatzverhältnisse eine Ordnung hineinbringen, die der ganzen Volkswirtschaft zugute komme. Kann aber eine solche Regulierung durch Kartelle erreicht werden? Vor der Beantwortung dieser Frage müssen wir aber die Behauptung, daß die Kartelle diesen geordneten Zustand bereits jetzt herbeigeführt haben, als einer geradezu lächerlichen Besessenheit entspringend, zurückweisen. Und trotzdem wird dies oder ähnliches z. B. von Prof. W. F. Brud in „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“ (Zur Systematik der Unternehmungsformen) behauptet. Er sieht sich nicht in seiner wissenschaftlichen Überheblichkeit zu erklären, daß alle Vorschläge, von den radikalsten angefangen, welche die Kartelle ganz beseitigen wollen, bis zu denen, welche starke staatliche Eingriffe beabsichtigen, aus wirtschaftlicher Unkenntnis erwachsen, während sie das gewünschte Ziel gar nicht treffen. Er erklärt, daß es nicht festzustellen ist, „inwieweit ein „Monopolistat“ der Kartelle auf dem Gebiet der Preispolitik an der Preisgestaltung mitgewirkt habe. Der Herr Professor möge nur die letzten Berichte über Kartellbildung in Deutschland, Österreich, Italien, Polen lesen, um zu sehen, daß die Preise der betreffenden Waren für die Kartelle gebildet werden; Zucker, Petroleum u. dgl. schon am Tage nach der Kartellbildung sich erheblich erhöht haben. Andere Befürworter des Kartellgedankens wie der erwähnte Dr. Tschierky, behaupten zwar die Möglichkeit günstiger Wirkungen der Kartelle für die Volkswirtschaft, wenn sie auf ganz anderer Basis, als es heute geschieht, eingerichtet werden, sind aber objektiv genug, anzuerkennen, daß die gegenwärtigen Kartelle nur schädliche Wirkung haben. So schreibt Tschierky über die Notwendigkeit der „Rationalisierung der Kartelle“, die Notwendigkeit der „Kürzung des Umfangs der letzten Gewinnveränderung zur wirksamen Produktions- und Absatzorganisation: „Nicht im einzelnen Distrikt des Preises und Verkaufsbedingungen, sondern im kollektiven herauswachsenden Konkurrenzverhältnis“ mögen die Kartelle ihr Ziel finden.

Für die Kartelle wird auch oft — wie es auch bei Professor Brud geschieht — die Tatsache ins Feld geführt, daß ja auch der Staat der Befürworter der allgemeinen Kartellen, die Kartellbildung oft selbst fördert, ja, sie erzwingt, wie dies bei den deutschen Zementkartellen für Koble und Kali der Fall ist. Der Staat tut dies — meint Prof. Brud — nicht, um die Interessen der Kartellmitglieder zu fördern, sondern wegen der wirtschaftlichen und sozialen Vorteile, die Kartelle für die gesamte Volkswirtschaft, wie Produktionssteigerung, Beschränkung der

Konkurrenz, insbesondere bei Krisen, Vorbeugung gegen Arbeitslosigkeit, gleichmäßige und anhaltende Preisgestaltung usw. Es ist aber eine grenzenlose Besessenheit, zu behaupten, daß die Kartellpolitik diese Ziele erreicht oder auch nur wesentlich gefördert hätte. Die Arbeitslosigkeit wurde z. B. durch die Kartelle überall erhöht, statt vermindert. Die Kartellpolitik gründet sich auf eine über die Notwendigkeiten hinausgehende Produktionsbeschränkung. Da zur Hochhaltung der Preise, was der vornehmste Zweck der Kartelle ist, vermindertes Angebot dieser Waren notwendig ist, so gehört die bewusste Produktionsbeschränkung zur Politik der Kartelle. Sie verfolgen diese Politik nicht, um eine volkswirtschaftlich berechtigte Regulierung der Produktion, entsprechend den Möglichkeiten des Absatzes und der Betriebsmittelbeschaffung herbeizuführen, sondern um die Profite zu sichern. In der Tat kann festgestellt werden, daß in den letzten Jahren in den hochkartellierten Industrien bei geringerer Warenerzeugung auch absolut höhere Gewinne erzielt wurden. In den Inflationsländern kommt dies infolge der Inflationsverluste nicht klar zum Vorschein; nach der Stabilisierung der Währung wird sich aber auch in diesen Ländern daselbe Bild zeigen.

Was aber den Staat anbelangt, der die Entstehung der Kartelle oft auch mit Zwang fördert — die Kriegsorganisationen in allen Ländern waren das vornehmste Beispiel dafür — so geschah die Zusammenfassung der Unternehmungen in einem Kartellverband grundsätzlich weder im Interesse der Unternehmungen, noch zufolge der Überzeugung von der Vorteilhaftigkeit des Kartellgebauens, sondern weil der Staat selbst durch seine eigenen Organe die Produktion leiten und kontrollieren wollte. Das Gewicht wurde nicht auf das Kartell, sondern auf die Staatskontrolle gelegt, zu deren Ausübung die Kartelle erst geschaffen wurden. (Daß dabei die Preise hochgehalten wurden, damit die Kartellmitglieder reichlich verdienen, gehört auf ein anderes Blatt, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Einstellung.) Die staatliche Unterstützung der Kartelle spricht in erster Linie für die Notwendigkeit der staatlichen Kontrolle der Produktion und Preispolitik. Es wird heute darüber gestritten, ob auch die staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, die gemeinwirtschaftlichen Betriebe, den in den betreffenden Industrien errichteten Kartellen beitreten sollen. Insofern sie dies tun, ürrichten sie es als Vertreter der allgemeinen Geschäftspunkte nur deshalb, um innerhalb des Kartells ihren Einfluß zur Wahrnehmung und Vertretung des öffentlichen Interesses geltend zu machen. Ja, selbst in solcher Form ist ihre Teilnahme an den Kartellen, an denen sie auch materiell interessiert sind, nicht unbedenklich.

Mit der Kartellfrage hängt die der Zollpolitik aufs engste zusammen. Hochschutzzoll und Kartelle entstammen dem gleichen Mutterchoß. Unter dem Schutz der Zölle gedeihen die Kartelle, durch den Ausschluß der ausländischen Konkurrenz können sie ihre Preise ohne Mühe, ohne Verbilligung der Produktion, durch bessere Organisation der Industrie hochhalten. Selbst ein Beschützer des Kartellgebauens, wie Dr. Tschierky, ist der Meinung, daß die Zölle niedrig gehalten werden müssen, wenn man aus den Kartellen produktionsfördernde Einrichtungen machen will, statt ihnen im Schatten der Hochschutzzölle ein Janitzbrett zu bereiten.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Kontrolle der Kartelle, der Nachprüfung ihrer Preisfestsetzungen usw. Um so weniger, da die in den Kartellen zusammengefaßten Unternehmungen auf der Verheimlichung der maßgebenden geschäftlichen Angaben glänzend eingerichtet sind. Trotzdem wäre es ein Zeichen der völligen Ohnmacht, auf eine wirksame Kontrolle der Kartelle von seiten des Staats und der Öffentlichkeit zu verzichten. Es steht außer Zweifel, daß das deutsche Gesetz, welches ein Kartellgericht für die Entscheidung in bestimmten Fällen ins Leben rief, gänzlich unzureichend ist. Die Gesekentwürfe in anderen Ländern zur Kontrolle der Kartelle gehen alle erheblich darüber hinaus. Das Schalten und Walten der Kartelle durch willkürliche Preisfestsetzung zum Schaden der Verbraucher, durch willkürliche Produktionsbeschränkung zum Schaden der Arbeiterklasse, darf nicht geduldet werden. So schwer auch die Durchführung der Kontrolle sein mag, sie muß eingeführt und wirksam gemacht werden. U. G.

### Zur Kritik des Reichsindex.

Ueber die Unzulässigkeit des Reichsindex ist in den letzten Jahren, insbesondere aber in den letzten Wochen schon so viel geschrieben worden, daß es Eulen nach Athen tragen hieße, wollte man darüber noch viele Worte verlieren. Da wir durch die vielfache Kritik endlich erreicht haben, daß der Aufbau des Reichsindex neu beraten wird, erscheint es zunächst wichtiger, auf die Fehlerquellen des Reichsindex einmal näher einzugehen. Darüber herrscht noch große Unkenntnis und Meinungsverschiedenheit. Denn das Statistische Reichsamt, welches am ersten in der Lage sein dürfte, hierüber Auskunft zu geben, hält sich konsequent in Schweigen. Sicherlich aus wohlwollenden Gründen. Nun ist aber eine Nachprüfung des Reichsindex für den Augenstehenden und sogar für die Mitglieder der Reichsindexkommission selbst völlig ausgeschlossen. Man muß sich daher wohl oder übel auf Stichproben beschränken, aus denen man dann auch Rückschlüsse auf die Fehlerquellen des Reichsindex ziehen darf. Für einen solchen Versuch erscheint Berlin ganz besonders gut geeignet, weil dieses mit seinen 4 Millionen Einwohnern den 15. Teil des Deutschen Reiches enthält und dort an der Hand der vom Statistischen Amt der Stadt Berlin veröffentlichten „Kleinen Handelspreiswörterbuches“ wichtiger Lebensbedürfnisse“ eine Nachprüfung sehr gut möglich ist. Dabei hat eine vom Verband der Buchhändler vorgenommene Nachprüfung zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß nach diesen Kleinhändlerpreisen die Teuerungszahlen für Berlin sich um 6 bis 15 Mk. höher stellen, als sie in den bekannten Erhebungsmaßnahmen der 72 Städte verzeichnet waren. Die Ursachen hierfür scheinen sowohl in den eigenartigen Errechnungsverfahren als in den zum Teil unrichtigen Vorkriegspreisen zu liegen. So sind nach den ersten von den bei den Preishebungen eingestellten Preisen stets nur die beiden billigsten je zur Hälfte in die Berechnung einzusetzen. So daß also dadurch wohl die gute Butter regelmäßig unter den Tisch fällt, weil sie ja bekanntlich stets zu den beiden Günstigsten zählt. Das ist Vorkriegspreis, daß bei dem Kleinhändlerpreis dieser durch den Margarinepreis ersetzt wird. So lag an Stelle von 100 Gramm Speck nur 85 Gramm Margarine einzusetzen sind. Ferner dürfen von den angeführten Butterarten nur die drei „marktgängigsten“, also „normale“, verwendet werden. Frühgemüse darf nicht in Anrechnung gebracht werden. Was aber solche Vorkehrungen für einen starken Einfluß auf die Gestaltung des Reichsindex haben können, ist leicht verständlich. So haben die vom Buchhändlerverband vorgenommenen Nachrechnungen der Ernährungsziffern für Berlin ergeben, daß der Ernährungsindex um 3 bis 7 Punkte niedriger gedrückt werden kann, wenn man an Stelle der teuren Butter und des Schmalzes nur den Margarinepreis dafür einstellt. Nach den bisherigen Erfahrungen muß aber bei der Reform gefordert werden, daß es nicht mehr in das Belieben des Statistischen Reichsamts oder der Landesämter gestellt wird, nach Belieben nur die billigsten Lebensmittel einzusetzen.

Nicht ohne Interesse dürfte in diesem Zusammenhang auch die Mitteilung sein, daß das Statistische Reichsamt die zuerst für die Ernährung eingeleichte Fleischmenge später erheblich herabsetzte und Fische dafür einsetzte, angeblich nur deshalb, weil es zu wenig Fleisch damals gab. Daß die dafür eingestellten Fische erheblich billiger waren und auch dadurch der Index herabgedrückt wurde, war wohl nur Zufall und keine Absicht. We-

niger Anstand nahm das Statistische Reichsamt aber an der damals noch reichlich vorhandenen Kartoffelknappheit. Denn trotz dieser werden seit 1920 bis heute täglich fast 1 1/2 Zentner der vierwöchentlichen Ernährungsquote zugrunde gelegt.

Bezüglich der erwähnten unrichtigen Vorkriegspreise sei nur gesagt, daß beispielsweise vom Statistischen Amt der Stadt Berlin der Preis für Hammelfleisch mit 1,70 Mk. pro Kilogramm angegeben ist, wogegen der Zentralverband der Fleischer einen Preis von 1,30 bis 1,60 Mk. für die damalige Zeit feststellte. Bei Schweinefleisch schwankten die beiden Angaben 1,70 Mk. bzw. 1,50 bis 1,60 Mk. Speck wird vom Statistischen Amt Berlin mit 2,20 Mk. Friedenspreis eingestellt, während Calwer für die gleiche Zeit 1,84 Mk., der Fleischerverband 1,60 bis 1,70 Mk. feststellte und die Berliner Konsumgenossenschaft noch im Juni 1914 1 Kilogramm mit 1,60 Mk. verkaufte. Noch stärker differieren die Preise bei den Preßkohlen. Während vom Statistischen Amt selbst für die Sommermonate 1913 noch 1,20 Mk. pro Zentner eingeseht werden, hat die Konsumgenossenschaft Berlin einen Zentner Preßkohlen frei Haus und Keller im Juli für 65 Pf. und selbst im Dezember nur für 70 Pf. geliefert. Werden aber zu hohe Vorkriegspreise eingestellt, so erscheinen natürlich die heutigen Steigerungen entsprechend geringer.

Ganz ungezeitgemäß und reformbedürftig sind ferner die für die Preisermittlungen und -rechnungen eingestellten Nahrungsmittel sowohl wie die Menge derselben. Man konnte sie notgedrungen für die letzten Jahre der großen Lebensmittelknappheit gelten lassen; heute ist die Ernährungsmöglichkeit jedoch eine ganz andere, und muß daher die für die Teuerungsfeststellung in Frage kommende Lebensmittelaufstellung gründlich revidiert werden. Denn es ist nicht gleichgültig, was von mancher Seite behauptet wird, daß es für die Feststellung der Preissteigerung gleichgültig sei, welche Nahrungsmittel man dafür einsetze. Diesbezügliche Berechnungen nach dem alten Schema und einem auch dem Vorkriegspreisen nach dem alten Vorkriegspreisen unterbreiteten neuen Vorschlag haben eine Differenz der Indizes um 6 bis 12 Punkte ergeben.

Des weiteren wird der Reichsindex unnatürlich durch die relativ niedrigen Mietsätze gedrückt. Denn in Wirklichkeit zahlen die Mieter nicht bloß die niedrige Miete, sondern müssen für sogenannte Schönheitsreparaturen noch erhebliche Aufwendungen machen.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß im Reichsindex die Ausgaben für die kleineren Ausgaben, sowie Steuerabgaben und so die Beiträge gar nicht zum Ausdruck kommen. Gerade dieser Posten ist aber auf das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen und muß daher unbedingt in den Reichsindex mit aufgenommen werden.

Man sieht also aus dem hier Gesagten, daß nicht nur eine Fehlerquelle in dem Reichsindex enthalten ist, sondern eine ganze Reihe Mängel und Fehler sich in demselben auswirken, deren Abstellung dringend gefordert werden muß. Inzwischen hat das Statistische Reichsamt infolge der vielseitigen und wie wir gesehen haben, durchaus berechtigten Kritik den Beschluß gefaßt, den Reichsindex einstweilen nicht mehr zu veröffentlichen. Viel verliert man heute nicht dabei, aber es muß doch gewiligt werden, daß die Beratungen über die Neuauflage des Reichsindex so beschleunigt werden, daß wir bald zu einem zuverlässigen Gradmesser für die Teuerung kommen. Sollten wider Erwarten unsere Reformvorschläge nicht genügend Beachtung finden, so werden die Gewerkschaften nicht umhin können, sich eingehender mit der Frage zu befassen, ob sie nicht gut tun, selbst Teuerungsziffern zu ermitteln; denn mit Hilfe der Konsumgenossenschaft ließe sich das nicht allzu schwer durchführen.

### Warnung vor Arbeitsaufnahme im Ausland!

Das Ausland hat für eine Anzahl deutscher Vorkriegsleute immer noch einen gewissen Reiz und stets kommen Anfragen an die „Ameise“, ob keine Auslandsstellen frei seien. Die Suchenden wollen gewöhnlich dem deutschen Glend enttrinnen und kommen fast immer vom Regen in die Traufe. So erging es deutschen Kollegen, die in Ungarn, in Rumänien, in Schweden, in Norwegen, in Brasilien und in Chile Stellungen in Vorkriegsfabriken annahmen, immer trafen sie die Zustände schlechter an als in deutschen Fabriken. Alle waren froh, wenn sie den unangenehmen Stätten wieder den Rücken kehren konnten. Aber es ist, als wenn ihre Warnungen gar nicht gehört würden, wenn sie in der „Ameise“ erschienen. Die Kollegenchaft wird aber gebeten, sich vor Schaden zu bewahren und Stellen im Ausland nicht anzunehmen.

Diesmal geht uns eine Klage aus Südamerika zu mit der Bitte, sie als Warnung zu veröffentlichen. Ein Kollege schreibt von dort:

„In letzter Zeit sind im „Sprechsaal“ verschiedentlich Annoncen erschienen, worin Fachleute für eine ausländische Vorkriegsfabrik gesucht werden. Ich bin jetzt ein Jahr in S. und kann es nicht unterlassen, Leute, die die Absicht haben, nach hier in Stellung zu gehen, um vielleicht ihr Glück zu suchen, vor Engagement zu warnen. Die Verhältnisse für neue Industrien sind hier ziemlich trübe und nicht im entferntesten mit denen drüben zu vergleichen, denn hier schüßen selbst Verträge nicht, da man sein Recht nur im Gerichtsverfahren suchen kann, bei denen sich die Prozesse jahrelang hinziehen, so daß jedem der Atem ausgehen muß, der nicht über das nötige Großgeld verfügt. Korruption ist an der Tagesordnung. Die Leute spekulieren lieber, als ihr Geld in einer gesunden Industrie anzulegen, dabei sind die Einnahmen der Betrieben voll vom Schutz der nationalen Industrie. Wenn hier irgendein Unternehmen ins Leben gerufen werden soll, kommt man zuerst in Verbindung mit dem sogenannten Fundadores (Gründer), die sich auf jedes Objekt, das Erfolg verspricht oder nicht, stützen. Diese Leute, meist Advokaten, machen Kalkulationen auf, obwohl sie von der Fabrikation keinen blauen Schimmer haben, sehen das Kapital für die zu gründende Gesellschaft fest und ernennen ein Direktorium. Die Kalkulation wird immer so aufgemacht, daß 50 bis 60 Proz. Reingewinn herausgerechnet werden, um das Geschäft den Geldgebern schmackhaft zu machen. Für die Fundadores werden je nach dem benötigten Kapital 10 000—20 000 Peso Freiaktien eingerechnet, was 30 000—60 000 Peso ausmacht, da es meist drei Herzen sind. Das Direktorium bilden 5—7 Herren mit gutem Namen und großem Einfluß und die das Vertrauen weiter Preise genießen. Für diese werden ebenfalls je 10 000 Peso Freiaktien ausgeworfen. Also bisher immer Ausgaben, dabei weiß niemand, woher das Geld kommen wird, denn die Geldgeber müssen nun erst gesucht werden. Für die Aufbringung des Kapitals werden 10 Proz. Provision angesetzt. Dertrag also das Aktienkapital 1 500 000 Peso, so werden 150 000 Peso Gründungsbesen ausgeworfen, insgesamt also 30 000 bis 60 000 Peso für die Fundadores, 50 000—70 000 Peso für das Direktorium und 150 000 Peso für Gründungsbesen. Das Gebäude wird auch noch künstlich verteuert, ebenso das Rohmaterial und der Bauplatz, indem man an die Vermittler Provisionen zahlt, die indirekt die Fabrikation verteuern und die Rentabilität unmöglich machen. Auf diese Weise werden alle Unternehmungen überkapitalisiert, und es ist einem Betrieb nicht möglich, einen Gewinn herauszuwirtschaften. Die Beibehaltenen sind in allen Fällen die angeworbenen Fachleute, also Angestellte und Arbeiter.

Aus den angeführten Gründen scheint es mir geboten, Stellenfuchende vor Südamerika zu warnen. Auf diese Weise Geyrellen kommen schnell herunter, ohne die Möglichkeit zu haben, sich wieder emporarbeiten zu können, zumal wenn sie Spezialisten sind.

Wer sich vor Schaden bewahren will, meide Südamerika!

## Das internationale Kapital und die Arbeitszeitfrage.

(N.W.) Auf den verschiedensten Produktionsgebieten kann in neuester Zeit ein besonders lebhaftes Streben nach internationalem Zusammenschluß festgestellt werden. Überall werden Vertrauensprozesse gemeldet: in der Montan- und Textilindustrie, in der Kupfer- und Holzwarenproduktion, in der Kobleisen- und Petroindustrie usw. usw.

Schwer bei diesen Bestrebungen letzten Endes doch hauptsächlich die Preisbildung, der Absatz und die Produktion an sich die ausschlaggebenden Faktoren sind, spielen rein sozialpolitische Momente und besonders auch die Frage der Arbeitszeit eine prinzipielle Rolle. Überall werden Führer ausgetrieben und die Unternehmer der verschiedenen Länder erteilen sich offen und verdeckt Winke und Mahnungen. Besonders eifrig sind die deutschen Industriellen, die als Arbeitszeitverschlechterer stolz an der Spitze marschieren, sich dabei aber des Umstandes bewußt sind, daß ihr Vordringen vergebens sein wird, wenn das Gros der Industriellen der übrigen Länder nicht nachrückt.

In der deutschen „Bergwerkzeitung“ (Nr. 271) macht ein führender Großindustrieller seinem Herzen in sehr lehrreichen Ausführungen Luft, denen wir u. a. folgende Stellen entnehmen:

„Der augenblickliche Zustand in der Arbeitszeitfrage ist der, daß heute in der Arbeitszeitverlängerung dieses Land, morgen jenes einen kleinen Vorsprung hat, und damit alle anderen Länder in die Ecke drückt. Augenblicklich sind wir in Deutschland voran. Wir haben den Selbstentzug wieder erreicht. Den Industriellen der anderen Länder geht es so schlecht, daß sie nach Verständigung streben. Kommen wir ihnen bei dieser Verständigung nicht entgegen, so drängen wir diese Länder zu solch scharfen Kämpfen gegen unseren Selbstentzug, daß die Ausflüchtigen diesen zu halten, in aller Eile zunichte werden. Wir müssen aber in jedem Falle versuchen, den Selbstentzug so lange als möglich fernzuhalten. . . In Wirklichkeit bedeutet die Durchführung des Selbstentzuges in der ganzen Welt die Expropriation des Kapitals im Sinne von Karl Marx. . . In keinem Lande a l l e in wird es auf die Dauer möglich sein, diese wirkliche Form des Bolschewismus und Sozialismus auf das volkswirtschaftlich erträgliche Maß herabzubringen. . . Es ist doch nicht denkbar, daß auf allen Gebieten sehr rasch ein Ausgleich für die Minderleistung der Arbeiter gefunden werden kann; es ist aber auf der anderen Seite auch nicht denkbar, daß in Deutschland allein in der gesamten industriellen Welt auf lange Zeit eine längere Arbeitszeit gilt in allen übrigen industriellen Ländern. Und wenn wir nicht Fühlung mit unseren Kollegen in den industriellen Ländern auf allen nur irgendwie denkbaren Gebieten suchen, so wird die Politik uns mit größter Geschwindigkeit den augenblicklich erzielten Vorrang in der Produktion erschlagen. Wenn wir aber heute in der besseren Lage, in der wir uns befinden, eine Verständigung mit Industriellen anderer Länder herbeizuführen suchen, so kann dies nur unser Vorteil sein, denn wir fixieren damit eine bessere Lage für einige Zeit. Einfach sind diese Dinge allerdings nicht.“

Dieser verzweifelte Hilferuf nach Fühlungnahme „auf allen nur möglichen Gebieten“ deutet in der Tat darauf hin, daß „diese Dinge nicht so einfach sind“. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses ist bei den Unternehmern schon lange vorhanden, sie kam aber bis jetzt eigentlich nur zum Ausbruch, wenn sich dabei gleichzeitig ein greifbares Geschäft machen ließ. Der „Internationalismus“ der Arbeitgeber darf zurzeit noch vorwiegend von diesem Gesichtspunkt aus eingeschätzt werden. Den einseitigen internationalen Bestrebungen der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet steht vielfach noch eine Unternehmerrhetik gegenüber, die nur zum Internationalismus bereit ist, wenn sich dieser in klingender Münze bezahlt macht und „nationale“ Vorteile bietet. Deshalb ist der Verfasser obigen Artikels so frustriert nach „internationaler Verständigung“ und gerade deshalb fühlt er sich nicht sehr sicher und befürchtet wohl, daß sich die Industriellen der anderen Länder, „denen es schlecht geht“, nicht ohne weiteres dazu hergeben werden, die deutschen Industriellen, die „heute in der besseren Lage sind“, in einem Kampf zu unterstützen, der schon in so vielen Ländern durch Gesetze und die Praxis zugunsten des Selbstentzuges entschieden ist und deshalb auf die Dauer für das Kapital aussichtslos sein muß.

## Der unterbliebene Preisabbau.

Wir haben von Maßnahmen zum Preisabbau erfahren; der Abbau der Preise hat sich aber dennoch nicht eingestellt. War der Fehlschlag des Preisabbaus nur der Preisentwicklung am Weltmarkt zuzuschreiben? Keineswegs. Man muß die einzelnen „Abbaumaßnahmen“ näher prüfen, um zu sehen, was diese leisten können. Ein Aufsatz des Universitätsprofessors Wolf gibt hierzu treffliche Inhaltspunkte. Er erwartet nur von solchen Maßnahmen eine preislenkende Wirkung, welche die Konkurrenz unter den Warenbesitzern fördern, beziehungsweise das Angebot der Waren vergrößern. Die Zinsentzug bewirkt fürs erste nicht unbedingt auch eine Preislenkung. Sie ermöglicht das Zurückhalten der Ware bei den Warenbesitzern und ihre spekulative Anschaffung durch zweite Hand (Großhändler) und kann daher statt dem Angebot nur die Nachfrage vermehren. Auch aus anderen Gründen kann die Verringerung der Kapitalknappheit und der damit verbundene Preisabbau — so notwendig dies auch sei — nicht unbedingt zur Verringerung der Preise führen. Sie kann zum Beispiel als zusätzliche Kaufkraft neue Nachfrage nach den Waren auslösen und damit preisverhörend wirken. Nur bei längerer Dauer und richtiger Anwendung der billigeren Kapitalien kann eine preislenkende Wirkung eintreten. Auch die gewährten Steuererleichterungen müssen nicht notwendigerweise zur Preislenkung führen. Die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer, welche herabgesetzt werden, können und werden leicht abgewälzt. Sie werden nicht von den Warenbesitzern, sondern von den Verbrauchern getragen. „Nicht das ist das Empörendste“, schreibt Professor Wolf, „an der Einkommensteuer, daß im Laufe des letzten halben Jahres die Lohnsteuer wieder von 44,4 Proz. (März 1924) auf 67 Proz. (September 1924) des gesamten Einkommens ansteigend ist, sondern daß der Lohnsteuerpflichtige von dem Rest des gesamten Einkommens nur noch einen nicht geringen, vielleicht den größten Teil zu zahlen hat.“ Ermäßigung von Steuern aber, die wie die Umsatzsteuer, Einkommensteuer, leicht abwälzbar sind, wirkt nicht konkurrenzverlösend; der Warenbesitzer wird durch sie nicht zur Herabsetzung der Preise veranlaßt, sondern wird lieber die ersparte Steuer für sich behalten. Die Ermäßigung der Frachten kann den Preisabbau fördern, wenn sie die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen über die gegenwärtige, durch die Frachtkosten gezogene Grenze hinaus auch noch räumlich we terliegenden Gebieten ermöglicht. Die Frachtsätze können jedoch infolge der Reparationsverpflichtungen nicht beträchtlich ermäßigt werden, auch muß eine entsprechende Erhöhung der Frachten-Gehälter und Löhne der Eisenbahner durchgeführt werden. Diese Erhöhungen wäre noch hinzuzufügen: Selbst Konkurrenzfördernde Maßnahmen, wie wesentliche Frachtermäßigung, unabweisbare Steuern usw., könnten nur dann wirksam sein, wenn der Wille zur Konkurrenz unter den Unternehmern vorhanden wäre. Statt dessen sehen wir aber auf der ganzen Linie das Bestreben, die Konkurrenz durch neue Kartelle in der Großindustrie, neue Kartelle in der Mittel- und Kleinindustrie auszuhalten. Die Kartellbewegung, welche die Hochhaltung der Preise zum Ziel hat (Preis- und Absatkonventionen), hat in der letzten Zeit einen bedeutenden Umfang angenommen. Die neuen Kartelle sind in ihrer

Wirkung ungleich gefährlicher als die während der Inflationszeit gegründeten sogenannten Konditionskartelle, die in der Regel nur den Abnehmern die Zahlungsbedingungen vor-schrieben. Will man der Teuerung zu Leibe rücken, so darf man die Augen gegen das Vordringen der Kartelle nicht verschließen.

## Die Kunst im Arbeiterheim.

Über die Schander des schmachtvollen Niederganges der deutschen Kultur strahlt der schönheitsdürftigen, wertloschaffenden Arbeitererschaft wie sonnenbeschulterte Neuland eine hohe Kulturidee. Sedung von Kultur und Bildung hat sich die im Jahre 1921 von den vier Organisationen des graphischen Gewerbes ins Leben gerufenen Genossenschaft Volkskunstverlag „Das Bild“ zum Ziele gesetzt. Durch Ausschaltung jedes Kapitalgewinnes ist es den minderbemittelten Volksschichten möglich gemacht, sich mit den Werken alter und neuer Meister der bildenden Kunst vertraut zu machen. Wie die Volksbühnen der Arbeitererschaft das gute Theater zugänglich machen, Gewerkschaften und Bildungsausschüsse der politischen Parteien durch Veranstaltungen von Kunstabenden, Konzerten und wissenschaftlichen Vorträgen von Kunst und Wissenschaft, so strebt die Arbeitererschaft nach Kräften zu haben, so gesellt sich der Volkskunstverlag „Das Bild“ als weiteres Glied in den Aufstieg der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein. Kunst erleben und Wissen schöpfen heißt nicht, mit dem einen wie mit dem anderen müßige Freuden für un-solche Meise und höhere Sittlichkeit, die wir für die Menschheit der Zukunft erstreben. Eine grauenvolle Unkultur hat in erschreckendem Maße in den Volksmassen Platz gegriffen und beherrscht zurzeit Wohnungen und Heime der Arbeitererschaft. Die industrialisierte Massenware, schandbarer Müßiggang, die den „Kunstmarkt“ überflutet, macht sich breit in jeder Form und läßt den gesunden Kunstgeschmack der Arbeitererschaft nicht zum Durchbruch kommen. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen wäre zum Empfang reichster Kunstschöpfung und zum ergebnisreichen Wisschaffen, wurde sie vergiftet mit unwürdigstem Schund.

Der Volkskunstverlag „Das Bild“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier Breche zu schlagen. Schätze der bedeutendsten Meister der bildenden Künste aller Kulturepochen sollen in vornehm, originalgetreuen Wiedergaben herausgegeben werden. Ausgewählt von hervorragenden Künstlern und Kunstgelehrten, werden die Reproduktionen nach dem Original mit den neuesten Erzeugnissen der Reproduktionstechnik von auserlesenen Fachleuten mit Liebe und Freude an Werken in den Kunstverhältnissen der Reichsdruckerei in farbigem Lichtdruck hergestellt.

## Warum beschwört der Mensch den Krieg herauf?

Der Krieg ruft stets den alten Tod zu Hilfe;  
er teilt mit ihm das reiche Aehrenfeld,  
und kommt der Sieg und will von seiner Höhe  
den Frieden zeigen, was er ihm errang,  
erblüht er nichts als ein verädeltes Land,  
und statt der Garben lauter feishe Gräber.

Souwald.

Sieben reizvolle, zum Teil originalgroße, farbenprächtige Bilder werden demnächst erscheinen. Neben der Silber wird eine von den bekanntesten Kunsthistorikern Professor Dr. F. W. Kern, Dr. Max Perle, und Hans Siemsen, verfasste, künstlerisch-ästhetische Einführungsbücher beigegeben. Dies ein beachtenswerter Ausgang. Weitergehende Ziele haben des Interesses und der fördernden Mitarbeit aller werktätigen Volksschichten.

Die Bildungsanstalten, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der Sozialdemokratischen Partei, der Volksbühnen, der Konjunktionsgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter usw. in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen bzw. ihre Einrichtungen zum Betrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftskartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Betrieb der Silber interessieren, wollen sich an die Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt. Durch die Ausschaltung jeglichen Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es den minderbemittelten Volksschichten gestattet, die Bilder als Wand-schmuck in geeigneter Rahmung wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabsatz des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen „ziert“, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeitererschaft angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine dem Volksempfinden gemäße Auswahl der Werke.

Darum muß sich die gesamte Arbeitererschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Bildung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch edles Kunstleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingen eines Erfolges und Aufstieges der Arbeiterklasse. Geschäftsstelle: Berlin-Mariendorf, Rurfürstentstr. 19.

## Ergebnis der Reichstagswahlen.

Die Reichstagswahlen am 7. Dezember brachten, mit Ausnahme der Deutschvölkischen, der Kommunisten, der Hannoveraner und Deutschsozialen (Knüppel-Kunze), allen anderen größeren Parteien Stimmen und Mandatsgewinne.

Die Ergebnisse sind:

|                                     | Stimmen<br>7. Dez. | Stimmen<br>4. Mai | Abge-<br>ordnete |
|-------------------------------------|--------------------|-------------------|------------------|
| Sozialdemokraten                    | 7 850 493          | (7 214 880)       | 181 (100)        |
| Deutschnationale                    | 6 180 281          | (5 778 313)       | 103 (96)         |
| Zentrum                             | 4 117 481          | (3 920 798)       | 69 (65)          |
| Kommunisten                         | 2 698 956          | (3 748 671)       | 45 (62)          |
| Deutsche Volkspartei                | 9 046 493          | (2 640 484)       | 51 (44)          |
| Deutschvölkische<br>Demokraten      | 901 601            | (1 924 553)       | 14 (32)          |
| Bayerische Volkspartei              | 1 915 187          | (1 657 957)       | 32 (28)          |
| Bayerische Volkspartei              | 1 120 752          | (946 649)         | 19 (16)          |
| Wirtschaftspart. u. Bayer. Bauernb. | 999 703            |                   | 17 (10)          |
| Landbund                            | 498 003            | (574 286)         | 8 (10)           |
| Deutsch-Hannoveraner                | 262 569            | (319 779)         | 4 (5)            |

## Abbau der internationalen Zollschranken verlangt.

Zu den exportierenden Fertigungsindustrien gehört auch die feinkeramische. Sie hat im Oktober an einer Vorpresse teilgenommen, die von Professor Dr. W. Berschowsen angeregt worden war. Neben der feinkeramischen waren auch noch andere Fertigungsindustrien beteiligt und der Zweck der Vorpresse war, festzustellen, ob sich innerhalb jener deutschen Fertigungsindustrien, die vorwiegend am Export interessiert sind, eine gemeinsame Stellung zur Zoll- und Handelsvertragspolitik unseres Landes

erzielen ließe. Nach dem „Keramiker“ wurde auf der Tagung der Ausdruck geprägt, daß jeder Zoll, den Deutschland gegen die Einfuhr eines fremden Produktes stellt, von dem betroffenen Land als Zoll auf die Einfuhr deutscher Produkte gegolgt wird: Der Zoll, den wir erheben, ist der Zoll, den wir bezahlen müssen!

Aus dieser Erkenntnis heraus ergibt sich die ungeheure Wichtigkeit, die eine entschlossene und der Zusammenhänge bewußte Stellungnahme der exportierenden Fertigungsindustrien im gegenwärtigen Zeitpunkt hat. Diese Stellungnahme wurde für den Pressebericht in den Tag zusammengefaßt: „Die beteiligten Kreise erstreben die Erzielung günstiger Handelsverträge und einen möglichst weitgehenden Abbau der internationalen Zollschranken.“

Damit treten wichtige Kreise des deutschen Wirtschaftslebens gegen die von der Schwerindustrie und ihren Neben-zweigen verlangten Schutzschranken auf; mit dem Verlangen zum Abbau der internationalen Zollschranken wenden sie sich auch gegen die Agrarzuschüsse. Diese Stellungnahme findet auch bei der Arbeitererschaft Unterstützung, denn auch sie fordert das gleiche. Die Kräfte des Freihandels sind demnach auch in Deutschland lebendig. Ob sich aber die daran interessierten Fertigungsindustrien gegen ihre viel stärkeren Schwestern und gegen die Großlandwirtschaft durchzusetzen vermögen, ist eine andere Frage. Immerhin ist wichtig, daß die Arbeitererschaft im Zollkampf nicht allein steht.

## Von der Keramikindustrie.

Was die Keramik zustande bringt. Karl Verberne hat ein feinkörnige keramische Masse erfunden, aus der Typenränder für Schreibmaschinen, Schreibtelegraphen und dergleichen hergestellt werden können. Um beim Brennen das Verziehen zu vermeiden, werden die Ränder in einschließenden Formen fertiggebrannt.

Die japanische Porzellanindustrie ist in den letzten Jahren infolge hoher Produktionskosten zurückgegangen.

Im Schwimden begriffen. Die vom Tarisbazillus hervorgerufene Epidemie unter den Direktoren der feinkeramischen Industrie ist wieder im Abflauen begriffen. Todesopfer waren nicht zu verzeichnen. Nur bei einigen, nicht betrieblich verantwortlichen Schiffsaltemtern der feinkeramischen Industrie scheint die Krankheit Spuren hinterlassen zu haben. Ein Serum gegen den für Direktoren so gefährlichen Bazillus ist noch nicht erfunden worden; aber, wie uns berichtet wurde, hat eine Anzahl Firmenvertreter Lindern wirkende Hausmittel zur Anwendung gebracht und sich dadurch wieder erholt.

## Aus unserem Beruf.

Rahla. Wenn die Unternehmer im ganzen Reich im edlen Wettstreit um die geringe Entlohnung der Arbeiter stehen, da dürfen sich natürlich die Kahler nicht abseits stellen, sonst kämen sie ja in den Geruch, zu den wenigen rühmlichen Ausnahmen zu gehören. Und das wäre für sie unerträglich, als wenn sie ihren Frieden machen würden mit der Arbeitererschaft durch verständnisvolles Entgegenkommen. Zuerst den Nachweis geführt hat der Inhaber des Betriebes C. U. Lehmann & Sohn, daß ihm mehr daran liegt, bei seinen Kollegen etwas zu gelten als bei „feinen“ Arbeitern. Seit circa 5 Wochen schon bemühten sich die Dreher und Gießer dieser Firma, zu Verhandlungen wegen Verhinderung der Akkordpreise (selbstverständlich nach oben) mit dem Betriebsinhaber zu kommen. Teilweise ließ Herr Lehmann die Hoffnung auf ein Zustandekommen von Verhandlungen aufkommen, um diese Hoffnungen nachher wieder zu vernichten. Fünf lange Wochen wurden so die Dreher- und Gießerarbeiten hingezerrt, ohne auch nur eine leise Hoffnung auf Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen gegen zu dürfen. Entweder ist Herr Lehmann der persönlichen Meinung gewelen, daß eine geringfügige Aufbesserung der Akkordpreise der Dreher und Gießer diesen insofern abträglich sei, als sie sich samt und sonders einen fetten Bauch anmaßen und dann überhaupt nicht mehr arbeiten könnten der Schamerbäume wegen; denn solche dürften nur Unternehmer, die nichts tun, tragen, nicht aber Arbeiter. Oder aber Herr Lehmann ist schlecht beraten und zum Werkstand verleitet worden von Emporkömmlingen, die vergessen haben, daß die Kuh einmal ein Kalb gewelen ist, die sich mit Gehältern, wie die Arbeiter Löhne beziehen, nicht so spritzen könnten und auch nicht zufrieden wären. Solche Leute sind immer der verderblichen Meinung, daß ihre Tätigkeit diejenige ist, die den Ausschlag gibt bei der Aufstellung der Bilanz, und daß die Tätigkeit der Arbeiter nur diesen allein zununze kommt. Sei dem jedoch wie ihm wolle; jedenfalls hat Herr Lehmann den Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen: die Dreher und Gießer wurden fristlos entlassen. Angeblich, weil diese passive Resistenz geübt haben sollen. Es soll zugegeben werden, daß die Leistungen in der letzten Zeit zurückgegangen sind, Leistungen, die weit, weit über denen der Vorkriegszeit lagen und mit denen nur die immerhin kümmerlichen Verdienste erzielt wurden. Aber wie jede Maschine aus Eisen und Stahl, namentlich bei intensiv gesteigerter Tätigkeit, verbraucht wird, so müssen erst recht Maschinen aus Fleisch und Blut bei solchen Leistungen und unter unzulänglicher Zufuhr von Kräften frühzeitig abgenutzt werden. Und die Tatsache steht fest, daß gerade die Dreher in Rahla an ihren Schreibern buchstäblich umfallen wegen Überanstrengung. Aber auch alle übrigen Akkordarbeiten arbeiten nicht mehr, sondern schuften in des Wortes wahrster Bedeutung! Und weil die Dreher und Gießer eben am Ende ihrer Kräfte sind, deshalb mußte die Leistung nachlassen. Wie übrigens die Arbeitslust und Arbeitsfreude keinen besonderen Antrieb erhielt durch das absolut neugierige Verhalten und gar kein Entgegenkommen des Herrn Lehmann. So ganz nebenbei sei noch bemerkt, daß diese Unlust auch bei den Malern zu verzeichnen ist, weil ein Schiedspruch vom März d. J., nach welchem die Akkordgrundlage sei auf Goldmark umzustellen waren, bis heute noch nicht durchgeführt wurde, trotz wiederholtem energischen Verlangen der Maler. Deren Akkordsätze werden noch heute berechnet nach Papiermark plus den bekannten vielen Nullen. Wahrscheinlich denkt Herr Lehmann bzw. seine Ratgeber noch mit Sehnsucht an die Inflation ungelungen Gebebens und rechnet damit, daß recht bald wieder eine solche kommt. Er spart sich bzw. seinem Kontorpersonal so die Arbeit des Umstellens. Der Rahmentarif für die feinkeramische Industrie ist am 31. Dezember d. J. am Ende seiner Laufzeit und der Betrieb C. U. Lehmann & Sohn ist noch nicht dazu gekommen, Teile desselben durchzuführen. Und da überhaupt jemand, daß diese Firma nicht tariftreu wäre! Die Aussperrung der Dreher und Gießer hat, wie ja nicht anders zu erwarten war, bereits Preise gezogen: Am Freitag, den 21. November, mußten die Glashaal- und Brennhausbauer aufhören und ihnen folgten am Sonnabend, den 22. November, die Maler usw. so daß der Betrieb bis auf ganz kleine Teile (Rahmenmacher) nunmehr ruht. Schlechte Kaufleute sind manche Herren Unternehmer trohaldem (Herr Lehmann eingeschlossen). Mit dem Verlust, den die Maßnahmen dieses Herrn seinem Betrieb bis jetzt schon gebracht haben, hätte er ganz bestimmt eine Aufbesserung der Akkordlohnsätze der Dreher usw. vornehmen können, ganz zu schweigen von den noch kommenden Verlusten. Aber man muß doch zeigen, daß man „Herr im Hause“ ist und darf seinen Kollegen nicht als etwas anderes als ein Durchschnittsunternehmer gelten. Lieber läßt man sich was kosten. Man hat dann wenigstens vor seinen Kollegen das Prestige gewahrt. Wieder einmal eine heilsame Lehre für alle diejenigen, die noch der Meinung waren, Herr Lehmann sei „gar nicht so“ nur die „anderen“ wären schuld. Jeder, der noch etwas Denkbarmögen

